

Gesetzesentwürfe, die zum Ziel haben, die israelische Apartheid zu beenden, werden im Parlament abgelehnt

Jonathan Cook, jonathan-cook.net, 10.06.18

Genauso wie die militärische Herrschaft Israels in den besetzten Gebieten mehr und mehr unter die Lupe genommen wird, wird auch Israels Behauptung, eine Demokratie zu sein, die allen Bürgern gleiche Rechte einräumt, immer mehr hinterfragt.

Während der letzten 70 Jahre nach seiner Gründung hat Israel große Anstrengungen unternommen, um sich als „Licht der Nationen“ darzustellen.

Israel hat behauptet, die Wüste zum Blühen gebracht zu haben, indem sie Wälder über den zerstörten Häusern von 750.000 Palästinensern anlegte, die sie 1948 vertrieb. Soldaten der „moralischsten Armee der Welt“ weinten angeblich, als sie gezwungen wurden, palästinensische „Eindringlinge“ zu erschießen, die nach Hause zurückkehren wollten. All dies geschah in der wie Israelis behaupten „einzigen Demokratie“ des Nahen Ostens.

Die *Hasbara* - ein Euphemismus für Propaganda - rekrutierte jüdische Israelis und Juden im Ausland für eine Kampagne, um die Welt davon zu überzeugen, dass die Enteignung der Palästinenser zum Wohle der Menschheit geschehen sei. Israels Leistungen in Wissenschaft, Landwirtschaft und Medizin wurden hervorgehoben.

Doch in einer Welt, die immer stärker vernetzt ist, verliert diese Propagandakampagne schnell an Wirkung. Telefonkameras zeichnen nun „moralische“ Soldaten auf, die unbewaffnete Palästinenser in Gaza töten, oder Kinder in Hebron verprügeln.

Die Gegenreaktion, einschließlich einer wachsenden internationalen Boykottbewegung, hat den rechten Flügel Israels zu noch größerer Missachtung und Selbstgerechtigkeit getrieben. Sie verbirgt nicht mehr ihr Ziel, aggressiv ein ersehntes „Groß-Israel“ zu verwirklichen.

Ein ähnlicher Prozess, der weit weniger wahrgenommen wird, läuft auch bei der traditionellen Linken Israels ab. Auch sie bekennt sich hartnäckig zu ihrem ideologischen Erbe - der Schaffung eines vermeintlichen „jüdischen und demokratischen Staates“ nach 1948.

Doch genauso wie die militärische Herrschaft Israels in den besetzten Gebieten mehr und mehr unter die Lupe genommen wird, wird auch Israels Behauptung, eine Demokratie zu sein, die allen Bürgern gleiche Rechte einräumt, immer mehr hinterfragt.

In Israel lebt eine große Minderheit von 1,8 Mio. palästinensischen Bürgern. Es sind diejenigen, die die Vertreibung, vor und während der Staatsgründung Israels, überlebt haben und geblieben sind [und ihre Nachkommen]. Sie können zwar wählen gehen, doch Israel hat durch Wahlkreismanipulation sichergestellt, dass keine Mehrheiten erreicht werden können. In einem System der Apartheid sind palästinensische Bürger auf Ghettos, in einem winzigen Teil des Landes beschränkt, während Israel 93 % des Territoriums für Juden der ganzen Welt „verstaatlicht“ hat.

Doch nach Jahrzehnten der Unterdrückung, einschließlich der ersten 20 Jahre unter Militärherrschaft, ist die palästinensische Minderheit allmählich selbstbewusster geworden, die politischen Missstände aufzuzeigen.

Vor Kurzem haben palästinensische Abgeordnete dem Parlament drei Gesetzgebungsmaßnahmen vorgelegt, die die Illusion, dass Israel eine liberale Demokratie westlichen Stils sei, zum Platzen bringen. Keine davon hatte die geringste Chance verabschiedet zu werden, in einem System, das darauf angelegt ist, palästinensische Abgeordnete aus Israels komplexen und vollständig zionistischen Koalitionsregierungen herauszuhalten.

**Rechtsprofessor
Mordechai Kremnitzer
räumte ein, dass der
Gesetzentwurf die
israelische Demokratie
als „grundlegend
fehlerhaft“ entlarvt
habe**

Die erste Maßnahme zielte darauf ab, den quasi-staatlichen Status großer internationaler zionistischer Organisationen, wie des Jüdischen Nationalfonds (JNF) und der Jewish Agency, aufzuheben.

Obwohl sie wie staatliche Einrichtungen behandelt werden, sind diese Organisationen durch ihre Satzung verpflichtet, dafür zu sorgen, dass staatlicher Ressourcen und Rechte für Juden auf der ganzen Welt reserviert werden und nicht für Israelis. Das Ziel ist, palästinensischen Bürgern wesentliche staatliche Leistungen vorzuenthalten. Der JNF verbietet Nichtjuden den Zugang zum größten Teil an Land in Israel und entwickelt neue Gemeinden ausschließlich für Juden, während die Jewish Agency die Einwanderung und die damit verbundenen Vergünstigungen auf Juden beschränkt.

Mit den Gegenstimmen sämtlicher jüdischer Parteien wurde der Gesetzentwurf, der die jahrzehntelange ausdrückliche Diskriminierung eines Fünftels der israelischen Staatsbürgerschaft beenden sollte, abgelehnt. Zuheir Bahloul, der einzige palästinensische Abgeordnete in der Zionistischen Union, der Mitte-Links-Partei, die einst Labour hieß, wurde von jüdischen Kollegen wütend kritisiert, weil er für das Gesetz gestimmt hatte.

Das war keine Überraschung. Der bisherige Parteivorsitzende, Isaac Herzog, ist der Favorit auf den nächsten Vorsitz der Jewish Agency. Die Linke Israels verehrt noch immer diese Organisationen, die Privilegien auf ethnischer Basis für Juden fördern, in einer Weise, wie sie einst in Südafrika während der Apartheid bekannt waren.

Bahloul fand sich in der Schusslinie wieder, nachdem er einen separaten Gesetzentwurf vorgelegt hatte, der zum ersten Mal die Verankerung des Gleichheitsgrundsatzes in allen 11 Basisgesetzen des Staates Israel forderte. Der Vorschlag wurde rundweg abgelehnt, auch von seiner eigenen Partei.

Die dritte Vorlage war ein Gesetzentwurf, der die Reform Israels von einem jüdischen Staat zu einem Staat aller seiner Bürger, der alle gleichberechtigt vertritt, forderte. In einer regelwidrigen Aktion stimmte ein Ausschuss, der von jüdischen Abgeordneten dominiert wird, letzte Woche dafür, den Gesetzentwurf nicht einmal zu einer Anhörung im Parlament zuzulassen. Der Rechtsberater des Parlaments, Eyal Yinon, warnte davor, dass solch eine Regelung den Charakter Israels verändern würde, indem sie jüdischen und palästinensischen Bürgern „gleichen Status“ einräumt. Knesset-Sprecher Yuli Edelstein nannte den Gesetzentwurf „absurd“. "Jede intelligente Person kann sehen, dass er sofort blockiert werden muss", sagte er.

Rechtsprofessor Mordechai Kremnitzer räumte unterdessen ein, dass der Gesetzentwurf die israelische Demokratie als „grundlegend fehlerhaft“ entlarvt habe.

Diese drei Gesetzentwürfe der palästinensischen Abgeordneten hätten einige der Ungerechtigkeiten in fast 70 israelischen Gesetzen beseitigen können, die laut der NGO *Adalah*, explizit aufgrund ethnischer Kriterien diskriminierend sind.

Paradoxerweise ist die Zahl solcher Gesetze, in den letzten Jahren, während der *Adalah* und andere Menschenrechtsgruppen jüdische Privilegien vor Gericht angefochten haben, stark angestiegen.

Sowohl die israelische Linke, als auch die Rechte, haben sich zusammengeschlossen, um diese gefährdeten rassistischen Verfahrensweisen durch neue Gesetze zu unterstützen - um sicherzustellen, dass der Oberste Gerichtshof es nicht wagen wird, den Willen des Parlaments zu widerrufen.

Die Realität ist, dass den linken Israelis – denen vorgeführt wurde, dass ihr Staat nicht die liberale Demokratie ist, die sie sich vorstellen – sich schnellstens den Rechten angeschlossen haben, um Kritiker zum Schweigen zu bringen und härtere Repressionen durchzuführen.

Palästinensische Bürger, die friedlich gegen das Massaker an Demonstranten in Gaza durch Scharfschützen der Armee protestierten, wurden im vergangenen Monat in Polizeigewahrsam angegriffen. Einem führenden Bürgerrechtler, der verhaftet wurde, wurde das Knie gebrochen und es gab so gut wie keine Einwände, auch nicht von der Linken.

Heutzutage dürfen ausländische Boykott-Aktivisten nicht einreisen. Unbewaffnete Demonstranten sind in Gaza niedergeschossen worden und Kritiker innerhalb Israels werden zum Schweigen gebracht, oder verprügelt.

Alle diese Reaktionen haben das gleiche Ziel, nämlich alles zu blockieren, was die Illusionsblase sprengen und das moralische Überlegenheitsgefühl der Israelis bedrohen könnte.

Jonathan Cook ist ein preisgekrönter britischer Journalist, der seit 2001 in Nazareth lebt.

Von ihm erschienene Bücher:

- Blood and Religion: The Unmasking of the Jewish State (2006)
- Israel and the Clash of Civilisations: Iraq, Iran and the Plan to Remake the Middle East (2008)
- Disappearing Palestine: Israel's Experiments in Human Despair (2008)
- Publish it NOT!

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: jonathan-cook.net/2018-06-10/bills-israel-apartheid